

■ „Wir müssen froh sein, wenn die Firmenpleiten Ende des Jahres gegenüber 2007 nicht gestiegen sind“, mutmaßt im Kreditschutzverband von 1870 zur Situation der heimischen Wirtschaft nichts Gutes.

Sah es im 1. Quartal noch nach einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr aus, so gab es danach einen deutlichen Knick nach oben. Die eröffneten Verfahren stiegen um 4,4 Prozent auf 1.616 Fälle, die mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge sanken um 13,8 Prozent auf 1.520 Fälle. Insgesamt gingen 10.400 Arbeitsplätze verloren.

Das Voralberger Traditionsunternehmen Hämmerle war somit nicht das letzte heimische Unternehmen, das den Weg zum Konkursrichter antreten und 294 Mitarbeiter entlassen mußte. Die größten Konkursfälle waren heuer die Biodiesel Enns mit 46,4 Millionen Euro Passiva und die AST Baugesellschaft mit 41 Millionen. Betroffen waren vor allem Bauwirtschaft und unternehmensbezogene Dienstleistungen.

Pleitewelle droht!

Weil 2005 nur Konzerne entlastet wurden, droht heuer Pleitewelle bei den KMU's.

„Die von der ÖVP so hochgelobte Steuerreform 2005 wird selbst von der OECD vernichtend kritisiert, weil die Klein- und Mittelbetriebe (KMU), das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft, nicht berücksichtigt wurden“, kritisierte Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl (im Bild rechts) die „abgewirtschaftete Wirtschaftspartei ÖVP“.

Stattdessen wurden Österreichs KMU's durch die europaweit höchste Abgabenbelastung des Faktors Arbeit an den Rand des Ruins und, siehe obige Pleitewelle, teilweise darüber hinaus getrieben.

Die KMU's, das sind Unternehmen bis 250 Mitarbeiter,

stellen 99 Prozent der österreichischen Unternehmen und beschäftigen 70 Prozent aller Arbeitnehmer. „Wenn diese nicht bald entlastet werden, wird es am Arbeitsmarkt duster aussehen“, mahnte Themessl rasche Reformen auch für den Mittelstand der heimischen Wirtschaft ein.

Die FPÖ habe, so der freiheitliche Wirtschaftssprecher, bereits im Frühjahr ein umfassendes Impulsprogramm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen gegenüber der Konkurrenz aus der EU vorgelegt (siehe Kasten).

„Die KMU's sind die Haupttriebfeder für Innovation, für Beschäftigung und somit des Wohl-

standes im Lande. Daher müssen diese Unternehmen die bestmöglichen Rahmenbedingungen erhalten“, forderte Themessl.

Dazu gehöre auch ein Abbau der Bürokratie, wie Vereinfachungen beim Abgabenverfahrensrecht, eine Vereinheitlichung des Lohnbegriffs und damit einhergehend der Lohnverrechnung. Themessl: „Durch eine effektive Verwaltungsvereinfachung könnten unsere Wirtschaftstreibenden massiv entlastet werden, ohne dabei an der Steuerschraube zu drehen.“



Themessl: KMU's von konzernhöriger Regierung im Stich gelassen.

Sinneswandel bei SPÖVP

■ Fünf Minuten vor dem selbstgewählten Ende der Legislaturperiode hat die Koalition das schlechte Gewissen gepackt. Nur so läßt sich der plötzliche Sinneswandel für eine erste, längst überfällige Erhöhung des Pflegegeldes erklären. Aber damit ist das „Megaproblem Pflege“ noch lange nicht gelöst.

Die vorgesehene Erhöhung von vier bis sechs Prozent, je nach Pflegestufe, ist allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein namens Entwertung durch die Teuerung. „Trotz der Maßnahme müssen die Betroffenen noch immer mit einem realen Wertverlust von 15 Prozent leben, da seit der Einführung nichts geschehen ist“, erinnerte Behinderungsprecher Norbert Hofer an die Versäumnisse der Koalition.

Deswegen regte sich auch Kritik aus den eigenen Reihen. Wirtschaftskammerpräsident Leitl zeigte sich von der Lösung enttäuscht und warnte: „Das jetzt

Beschlossene wird nicht einmal mittelfristig ausreichen um das langfristige Megaproblem Pflege zu lösen.“



Hofer: Rot-schwarzes Wahlzuckerl ist nur bittere Pille für Pflegebedürftige.

Heimatland braucht Mittelstand

Die FPÖ fordert daher ein Impulsprogramm für die KMU's:

- die Abschaffung der Mindestkörperschaftssteuer abgabe, Kreditgebühren, Bestandsgebühren etc.
- Wiedereinführung einer Investitionsbegünstigung
- Strengere Strafen für organisierte Schwarzarbeit
- Steuerfreiheit für nicht entnommene und re-investierte Gewinne
- Senkung der Körperschaftssteuer unter Berücksichtigung des Faktors Arbeit
- Änderung der Abschreibungszeiten für schnellleibige Wirtschaftsgüter
- Erleichterung der Betriebsnachfolge
- Abschaffung der Gruppenbesteuerung und Reduktion auf die Anwendung innerhalb Österreichs
- Indexanpassung der Geringwertigkeitsgrenze
- Abschaffung von Bagatellsteuern wie Bodenwert-
- Senkung der Lohnnebenkosten (AUVA-, IESG- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag)